

Bund ist gegen das Aus

B-31-West: CDU-Abgeordnete und Vertreter der Region waren in Berlin

Berlin/Kaiserstuhl/Tuniberg.

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur wird den Antrag des Landes Baden-Württemberg auf Rücknahme des Planfeststellungsverfahrens für die B-31-West nicht akzeptieren. Dies teilte der parlamentarische Staatssekretär Enak Ferlemann, MdB, in einem Gespräch am Donnerstag, 6. November, in Berlin mit.

Der Staatssekretär traf sich an diesem Tag in Berlin mit den CDU-Abgeordneten Dr. Patrick Rapp MdL, Thomas Strobl MdB, Matern von Marschall MdB, Armin Schuster MdB, sowie Landrätin Dorothea Störr-Ritter, den Bürgermeistern der betroffenen Gemeinden und Vertretern der Bürgerinitiativen. „Das ist ein wichtiges und gutes Signal für unsere Region“, so die Gesprächsteilnehmer übereinstimmend.

Nachdem Mitte Oktober das Landesverkehrsministerium angekündigt hatte, den Antrag für das Planfeststellungsverfahren für die B-31-West zurückzuziehen, hatten die CDU-Abgeordneten Dr. Patrick Rapp, Thomas Strobl MdB, Matern von Marschall MdB und Armin Schuster MdB kurzfristig einen Termin im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur veranlasst. Dabei wurde deutlich, dass der Bund den Antrag des Landes nicht akzeptiert.

„Das Planfeststellungsverfahren muss fertiggestellt werden und zwar so schnell wie möglich. Wir werden den Antrag des Landes auf Rücknahme des Verfahrens nicht akzeptieren“, so Staatssekretär Ferlemann. Der Bund sei Vorhabenträger und ihm obliege die Entscheidungsgewalt, nicht dem Land. Man



Gute Nachrichten aus Berlin für die B-31-West bringen: Matern von Marschall MdB, Landrätin Dorothea Störr-Ritter, Staatssekretär Enak Ferlemann MdB; Dr. Patrick Rapp MdL (erste Reihe); Martin Obert, Oliver Rein, Thomas Strobl MdB, Armin Schuster MdB (2. Reihe); Roland Näger, Dieter Schneckenburger, Martin Rupp, Gabriel Schweizer (3. Reihe) sowie Christoph Möcklin und Christian Riesterer.

Bild: Micha Bächle

verstehe das Verhalten des Landesverkehrsministeriums in Sachen B-31-West nicht. Ferlemann wird in Kürze dem baden-württembergischen Verkehrsminister dies per Brief mitteilen. Die B-31-West habe eine Netzfunktion, die nur mit bei den Bauabschnitten zum Tragen komme. Rapp und von Marschall wie auch die Bürgermeister zeigten sich mit dem Gesprächsverlauf sehr zufrieden: „Der Bund hat heute ein klares Nein zur grün-roten Verkehrs politik in Sachen B-31-West gesprochen.“ Thomas Strobl MdB erklärte, dass die B-31-West auch die Rückendeckung der CDU-Landesgruppe im Bundestag habe. Im Namen der teilnehmenden Bürgermeister Gabriel Schweizer (Vogtsburg), Martin Obert (Ihringen), Dieter Schneckenburger (Bötzingen), Christian Ries terer (Gottenheim), Martin Rupp (Merdingen) und den Vertretern der Bürgerinitiativen, Christoph Möcklin (Vogtsburg) und Roland Näger

(Bötzingen), erklärte Bürgermeister Oliver Rein (Breisach): „Wir danken dem Bund für seine klare Position zur B-31-West. Das Land muss jetzt seine Blockade aufgeben und das Verfahren unverzüglich wieder aufnehmen und zu Ende bringen“.

Über den Sachstand bezüglich der B-31-West informierte Bürgermeister Oliver Rein auch in der Gemeinderatssitzung der Stadt Breisach am 21. Oktober. Er berichtete über das Vorgehen des Landes Baden-Württemberg und dessen Antrag beim Bund, das Planfeststellungsverfahren für den zweiten Abschnitt der Bundesstraße zwischen Gottenheim und Breisach zurück zu ziehen. Bürgermeister Rein erklärte, dass man jetzt den Klageweg gehen werde, um das Land notfalls zum Weiterbau zu zwingen. Es sei auch möglich, dass von Seiten des Bundes die Weisung an das Land erteilt werde, das Verfahren ordnungsgemäß abzuschließen. (RK/az)